

Kwasniewski, Klaus

Article — Digitized Version

Handelsvertrag nach Gewaltverzicht?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kwasniewski, Klaus (1970) : Handelsvertrag nach Gewaltverzicht?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 9, pp. 548-551

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134170>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Handelsvertrag nach Gewaltverzicht?

Klaus Kwasniewski, Hamburg

Die Reise Minister Schillers nach Moskau und das Lkw-Projekt von Daimler-Benz in der UdSSR verstärken die Spekulationen über eine Ausweitung des Handels zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Zur Zeit gibt es aber nicht einmal einen Handelsvertrag zwischen beiden Staaten. Über Stand und Probleme der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen informiert der folgende Beitrag.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 12. 8. 1970 wurde – 25 Jahre nach Kriegsende – der „kalte Krieg“ zwischen beiden Ländern vorerst beendet. Der „kalte Wirtschaftskrieg“ findet schon seit einiger Zeit nicht mehr statt. Dennoch ist der deutsch-sowjetische Vertrag von weiterreichender wirtschaftlicher Bedeutung, als es die in seiner Präambel erwähnten „wirtschaftlichen Beziehungen“ vermuten lassen¹⁾. Auf beiden Seiten führten vor allem auch ökonomische Überlegungen – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven und in unterschiedlicher Intensität – mit zu diesem Vertrag.

Röhrenembargo vergessen

Im Mittelpunkt der kommenden Gespräche des Bundeswirtschaftsministers in Moskau wird mit großer Wahrscheinlichkeit der Abschluß eines neuen, langfristigen deutsch-sowjetischen Handelsabkommens stehen. Der letzte Handelsvertrag zwischen der BRD und der UdSSR – er war Bestandteil des 1958 abgeschlossenen „Abkommen über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt“ – lief im Jahre 1963 aus. Verhandlungen

¹⁾ Zu den ökonomisch-technischen Absichtserklärungen beider Staaten vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Bulletin der Bundesregierung Nr. 107, S. 1057, Bonn, den 12. August 1970.

Klaus Kwasniewski, 28, Dipl.-Volkswirt, trat nach dem Studium in das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg ein und ist in der Redaktion des WIRTSCHAFTSDIENST und INTERECONOMICS tätig.

gen über seine Verlängerung und über ein neues Abkommen scheiterten vor allem wegen des 1962 von der Bundesregierung verhängten Röhrenembargos und an der Einbeziehung Westberlins in den Vertragstext.

Obwohl Westberlin auch weiterhin ein kritischer Punkt aller Gespräche sein dürfte, scheint eine Einigung bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen durchaus möglich; und den Embargo-Bestimmungen kommt heute ohnehin keinerlei Bedeutung mehr zu, wenn es sich nicht gerade um Waffen und anderes Kriegsgerät handelt. Das Röhrenembargo brachte der BRD nur den sowjetischen Vorwurf des Vertragsbruchs und des „räuberischen Wirtschaftskrieges“ ein – die Rohre wurden von weniger folgtsamen NATO-Partnerländern und vor allem von Schweden und Japan geliefert. In den folgenden Jahren wurde in der BRD in zunehmendem Maße der riesige, entwicklungs-fähige sowjetische Markt mit seinen großen Absatzmöglichkeiten wiederentdeckt.

Westorientierung im Ostblock

Die Sowjetunion dagegen hat feststellen müssen, daß der Übergang zur reiferen Industriegesellschaft bei notwendigen Zugeständnissen an die Wünsche der Konsumenten nur schwer ohne westliche Erzeugnisse und westliches Know-how zu vollziehen ist. Hinzu kommen abnehmende Integrationserfolge des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft²⁾. Um das zunehmende In-

²⁾ Der Warenverkehr der UdSSR mit den sozialistischen Ländern erhöhte sich von 1965 bis 1969 nur um 24,4%, der mit den westlichen Industrieländern um 55,4%. Vgl. J. M. Huncck: Im deutsch-sowjetischen Handel stecken noch viele Reserven. In: Handelsblatt Nr. 154 vom 14. 8. 1970.

dustrialisierungsgefälle zu den westlichen Industrieländern zu verkleinern, mußte das angestrebte Ziel der wirtschaftlichen Autarkie teilweise aufgegeben werden. In steigendem Maße wird auf die Produktion solcher Erzeugnisse verzichtet, bei denen die Kosten einer eigenen Erzeugung oder Entwicklung im Vergleich zur Einfuhr aus west-

Tabelle 1
Außenhandel der BRD mit der UdSSR
(in Mill. DM)

	als Herstellungs- und Verbrauchsland		als Einkaufs- und Käuferland	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1958	386,4	303,2	264,5	277,5
1960	672,5	778,1	490,1	729,3
1962	861,4	826,4	660,3	706,6
1963	834,7	614,1	546,2	572,3
1964	937,1	774,3	564,1	575,0
1965	1100,6	586,2	676,9	519,1
1966	1153,0	541,3	757,5	456,2
1967	1099,8	792,1	821,8	647,4
1968	1175,3	1093,7	910,6	855,1
1969	1305,7	1582,3	1012,1	1124,5
1970 a)	593,6	788,0	445,7	567,1

a) Erstes Halbjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Reihe 1.

lichen Ländern zu hoch sind. In dieser Situation bietet sich die Bundesrepublik aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke und des Know-how ihrer Industrie als idealer Handelspartner der Sowjetunion an. Begünstigt wurde diese Wahl auch durch die geographische Lage der Bundesrepublik und ihre Position innerhalb der EWG, die die Sowjetunion als „kleineuropäische“ Lösung zu akzeptieren beginnt.

Entwicklungsfähiger Warenaustausch

Der Abschluß eines neuen Handelsvertrages wird jedoch nicht ohne weiteres zu einer beträchtlichen Ausweitung des deutsch-sowjetischen Handels führen können. Denn auch ohne handelsvertragliche Absicherung hat sich der Warenaustausch zwischen beiden Ländern gut entwickelt. Unter Einschluß des Handels über Drittländer, der von der sowjetischen Statistik bisher gern verschwiegen wurde, konnte sein Volumen seit 1967 um 53 % gesteigert werden. 1969 wurde bei einer Ausfuhr in Höhe von 1582 Mill. DM und einer Einfuhr in Höhe von 1306 Mill. DM erstmals seit Jahren wieder ein Aktivsaldo der Bundesrepublik erreicht (vgl. Tab. 1). Diese günstige Entwicklung hält auch in diesem Jahr an. Sie ist im wesentlichen auf umfangreiche Zulieferungen zurückzuführen. Vor allem für das mit einer Fiat-Lizenz in Togliatti an der Wolga gebaute Automobilwerk wurden Feinbleche und Spezialmaschinen³⁾ und

³⁾ 1969 war die Sowjetunion mit Einfuhren im Werte von rd. 340 Mill. DM bedeutendster Abnehmer der deutschen Maschinenindustrie.

im Rahmen des Abkommens mit den österreichischen VOEST-Werken Rohre geliefert.

Bei einer deutschen Gesamtausfuhr von rd. 113,5 Mrd. DM und einer Gesamteinfuhr von rd. 98,5 Mrd. DM im Jahre 1969 machte der Warenaustausch mit der Sowjetunion jedoch nur rd. 1,4 % des gesamten deutschen Außenhandels (nach Herstellungs- und Verbrauchsländern) aus. Vor dem Ersten Weltkrieg war Rußland mit einem Anteil von rd. 11 % (1913) drittgrößter deutscher Handelspartner, und selbst in der handelsfeindlichen Zwischenkriegszeit wurde 1936 noch ein Anteil von rd. 2,4 % erreicht. Heute rangiert die Sowjetunion in der Liste der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik an 15. Stelle und entspricht damit in ihrer Bedeutung nicht ganz der Norwegens. Dennoch war sie 1969 mit einem Anteil von 32 % wichtigster Osthandelspartner der Bundesrepublik, die ihrerseits – unter Einschluß des Handels über Drittländer – auch bedeutendster westlicher Handelspartner der Sowjetunion war.

Dieser bescheidene Anteil entkräftet die gelegentlich vorgebrachte Befürchtung, daß bei einer Aus-

ich

rechne
mit der BfG^{*)}

***) BfG Bank für Gemeinwirtschaft**
*Geldanlagen bei der BfG bringen Gewinn:
 Auf dem BfG-Kapital-Sparbuch, mit BfG-Sparschuldschuldverschreibungen, ADIG-Fonds, CO-OP-Fonds.
 BfG-Kredite helfen Kosten sparen:
 Ob Kleinkredit, Autokredit, Anschaffungsdarlehen
 oder BfG-Eigenheimfinanzierung von A-Z.*

weitung des deutsch-sowjetischen Handels die Bundesrepublik in eine gewisse wirtschaftliche Abhängigkeit von der UdSSR geraten könnte⁴⁾. Auch bei einer Verdoppelung oder Verdreifachung des gegenwärtigen Handelsvolumens wäre dies nicht in nennenswertem Umfange der Fall. Solch eine Abhängigkeit würde bei zunehmender Handelsverflechtung aber auch beide Länder treffen. Diese Erfahrung machte die Sowjetunion bereits 1962/63, als sie nach dem deutschen Röhrenembargo versuchte, die in der BRD bestellten Großrohre aus anderen Ländern zu beschaffen.

Ungünstige Exportstruktur ...

Ein neues Handelsabkommen mit der Bundesrepublik würde der Sowjetunion zwar in stärkerem Maße als bisher die Möglichkeit geben, an den Liberalisierungen der von ihr noch nicht anerkannten EWG teilzunehmen. Gerade die EWG müßte aber im Gegensatz zu den im letzten Jahr mit Italien und mit Frankreich abgeschlossenen, von 1970 bis 1974 geltenden Handelsverträgen bei einem Abschluß eines Handelsabkommens konsultiert werden. Denn nur aufgrund eines Konsultations-, Koordinierungs- und Genehmigungsverfahrens von seiten der EWG sind in der Übergangsphase zur Gemeinsamen Handelspolitik zwischen 1970 und Ende 1972 noch bilaterale Vertragsverhandlungen mit den Staaten Osteuropas möglich, die die EWG bisher nicht anerkannt haben. Für die deutsch-sowjetischen Handelsvertragsverhandlungen erweist es sich hierbei aber als günstig, daß die Abkommen Italiens und Frankreichs mit der Sowjetunion im vergangenen Jahr von der EWG genehmigt wurden. Sie können als Orientierungshilfe für ein Abkommen und für Leitlinien dienen, die in der Konsultation festzulegen sind.

Liberalisierungen allein werden jedoch den deutsch-sowjetischen Warenaustausch nicht wesentlich erhöhen können. Zwar wurde die UdSSR bisher noch nicht in die Ausschreibungen mit laufender Antragsstellung einbezogen, die die Bundesregierung bereits für eine Reihe osteuropäischer Staaten in Kraft gesetzt hat. Auch erweisen sich die fortgeschriebenen Kontingente des alten Handelsabkommens in einigen Fällen als hemmend. Aber als eigentliche Ursache des geringen Handelsvolumens ist die ungünstige Exportangebotsstruktur der UdSSR anzusehen. 1969 setzten sich beispielsweise die sowjetischen Lieferungen in die BRD zu rd. 92 % aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen (12 %), Rohstoffen (34 %) und Halbwaren (45 %) zusammen. Für die überwie-

gende Mehrzahl dieser Waren wurde bereits eine De-facto-Liberalisierung von seiten der Bundesrepublik vorgenommen.

... mit Gütern geringer Qualität

Langfristig wird die Nachfrage der Bundesrepublik nach diesen Erzeugnissen wohl nur noch geringfügig steigen. Eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Einfuhren wird aufgrund der Gemeinsamen Agrarmarktorfnungen mit ihren Abschöpfungs-systemen, die den Drittländerimport benachteiligen, kaum noch möglich sein. Der Bedarf an Erzen, Erdöl, Buntmetallen, Holz, Kraftstoffen und Eisenerzeugnissen, aus denen sich die sowjetischen Rohstoff- und Halbwarenlieferungen im wesentlichen zusammensetzen, weist keine allzu großen Wachstumsraten auf.

Tabelle 2

Struktur des Außenhandels der BRD mit der UdSSR von 1967 bis 1969^{a)}

	Einfuhren			Ausfuhren		
	1967	1968	1969	1967	1968	1969
Insgesamt ^{b)}	1099	1175	1306	792	1094	1582
davon in %:						
Ernährungswirtschaft	12,6	9,6	11,6	0,1	1,0	0,3
Gewerbliche Wirtschaft	86,2	89,4	85,8	99,5	98,7	99,7
– Rohstoffe	42,8	38,9	34,4	0,4	0,1	0,0
– Halbwaren	39,6	42,4	45,4	1,8	3,4	1,6
– Fertigwaren	3,8	8,1	6,1	97,3	95,2	98,1
– Vorerzeugnisse	2,4	3,5	4,1	41,0	32,7	24,5
– Fertigerzeugnisse	1,4	4,6	2,0	56,3	62,5	73,6

a) Nach Herstellungs- und Verbrauchsländern.

b) Mill. DM.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Reihe 3.

Industrielle Fertigwaren dagegen, die im Welthandel die am stärksten steigende Nachfrage aufweisen und die 1969 rd. 98 % der deutschen Lieferungen ausmachten, erreichten nur einen Anteil von rd. 6 % (vgl. Tab. 2). Dies ist nicht nur eine Folge der noch immer geringen Kenntnis des deutschen Marktes und erfolgversprechender Verkaufsmethoden. Ihr Absatz in der Bundesrepublik wird vor allem durch die unzureichende Qualität dieser zum Großteil wenig spezialisierten Produkte erschwert.

Langfristige BRD-Kredite erwartet

Eine Erhöhung der Qualität ihrer Erzeugnisse und damit eine Erhöhung ihrer Exportchancen auch in westlichen Ländern hofft die Sowjetunion durch eine Verbesserung ihrer Produktionsstruktur mittels umfangreicher deutscher Anlagelieferungen zu erreichen. Ihr Devisenmangel erlaubt aber nur

⁴⁾ Der gesamte Osthandel der Bundesrepublik erreichte 1969 einen Anteil von 4,25 % des Gesamtaußenhandelsvolumens, verglichen mit knapp 20 % zwischen den beiden Weltkriegen.

kurzfristige Handelsungleichgewichte im Warenaustausch mit der BRD. Da aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme ein Eigentums-erwerb in der Sowjetunion nicht möglich ist, können die benötigten Anlagen auch nicht durch deutsche Direktinvestitionen geschaffen werden. Eine von beiden Seiten gewünschte Erweiterung des gegenwärtigen und über den Umweg der verbesserten Produktionsstruktur auch des zukünftigen Warenaustauschs kann deshalb nur durch eine langfristige Kreditgewährung erreicht werden. Im Mittelpunkt der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen werden daher vor allem sowjetische Kreditwünsche stehen.

Die Sowjetunion scheint dabei an größere Kredite mit langer Laufzeit zu denken. Sie könnten durch eine Ausweitung der „halbstaatlichen“ Bürgschaften und Garantien erleichtert werden. Die Höhe des Zinssatzes wird dadurch aber kaum beeinflusst werden. Kredite in der Größenordnung von 1,2 Mrd. DM bei einem Zinssatz von 6,25 % und einer Laufzeit von 10 Jahren – wie im Falle des Anfang dieses Jahres abgeschlossenen Erdgas-Röhren-Tauschgeschäfts – sind in der gegenwärtigen Situation wenig wahrscheinlich; es sei denn, daß deutsche Lieferanten dem privat eingeräumten (und von den Sowjets gewünschten) Vorzugszinssatz auf anderem Wege – z. B. über hohe Lizenzgebühren – aufzufangen bereit sind.

Stärkere Kooperation unerlässlich

Um auf die Dauer zu gewährleisten, daß mit den Produktionskrediten nicht nur ein Kapitalmangel der Sowjetunion beseitigt, sondern daß auch die mit diesen Mitteln erstellten Produkte auf den westlichen Märkten absetzbar sind, bedarf es jedoch einer kontinuierlichen Teilhabe an der technologischen Entwicklung des Westens. Sie wäre durch eine indirekte Form des Bereitstellens von Kapital und Know-how möglich – durch verstärkte Kooperation. Das deutsch-sowjetische Lizenzgeschäft als Kooperationsform in beiden Richtungen entwickelte sich bereits in den letzten Jahren. Andere Kooperationsformen stecken dagegen noch in den Anfängen.

Bei den Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion wird auch über die Bildung einer deutsch-sowjetischen Regierungskommission für wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit gesprochen werden. Sie soll den Rahmen für Kooperationsmöglichkeiten abstecken, soweit Regierung und Verwaltung dazu in der Lage sind. Denn konkrete Kooperationsverträge werden nur durch Verhandlungen der Sowjetunion mit den beteiligten Unternehmen abgeschlossen werden können. Der geplante Bau eines Lastkraftwagenwerkes – das pro Jahr 150 000 Lkw herstellen soll – im Werte von

3,6 Mrd. DM bei Nebereschnije Tschelny an der Kama von einem westeuropäischen Firmenkonsortium unter Leitung der Daimler-Benz AG ist ein neues Beispiel für eine deutsch-sowjetische Kooperation.

Industrielle Kooperationen, die im marktwirtschaftlichen Bereich eine rein ökonomische Frage sind, werden in den Wirtschaftsbeziehungen zu östlichen Staaten aber nur dann durchgeführt werden, wenn ihre Ergebnisse auf längere Zeit geplant werden können. Sie bedürfen daher einer gesicherten und dauerhaften politischen Grundlage – wie sie mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag geschaffen wurde – und setzen das Bestehen langfristiger handelsvertraglich geregelter Beziehungen unerlässlich voraus.

In welchem Umfange auf der Basis eines langfristigen Handelsvertrages der deutsch-sowjetische Warenaustausch ausgeweitet werden könnte, läßt sich nicht bestimmen. Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion lange Zeit isoliert war und daher noch große Entwicklungschancen besitzt, ist die Vorstellung einer Verdoppelung oder Verdreifachung des jetzigen Volumens während der nächsten fünf bis zehn Jahre aber keine Utopie, sondern eine durchaus realistische Annahme.

Leider sind uns im Augustheft bei dem Artikel von Dr. Werner Noll „Zur Frage eines stabilisierenden Regelsystems“ 2 Setzfehler in den Formeln unterlaufen. Wir bringen deshalb nochmals alle Formeln im Zusammenhang.

$$(1) A \cdot I + K(r + d) \equiv Z$$

$$(2) A \cdot I + K(r + d) = x \cdot P_A$$

$$(2a) P_A = \frac{1}{\lambda} + (r + d)v$$

$$(2b) P_A(0) = \frac{I(0)}{\lambda(0)} + [r(0) + d(0)]v(0)$$

$$(3) P_A(0) = P_A(t)$$

$$(4) \frac{I(t)}{\lambda(t)} + [r(t) + d(t)]v(t) = \frac{I(0)}{\lambda(0)} + [r(0) + d(0)]v(0)$$

$$(4a) \frac{I(t)}{I(0)} - 1 = \frac{\lambda(t)}{\lambda(0)} - 1 + \frac{\lambda(t)}{I(0)} \left([r(0) + d(0)]v(0) - [r(t) + d(t)]v(t) \right)$$